

# Weltspitze in ideologischer Festigkeit

**WISSENSCHAFT** Der deutsche Mainstream-Ökonom steht mit seinem Angebotsdenken international allein da

Von *Gustav A. Horn*

Es ist noch nicht lange her, da kam keine ernst zu nehmende Talkshow ohne den grimmig-ernst blickenden Ökonomen aus, der „Reformen“ anmahnte: flexibleren Arbeitsmarkt, weniger Kündigungsschutz, niedrigere Löhne, schwächere Gewerkschaften und mehr Druck auf Arbeitslose. Ansonsten sei jedwedes Wachstum sowie ein Abbau der Arbeitslosigkeit unmöglich. Im Wahlkampf 2005 trat die CDU unter Angela Merkel an, eine solche Reformagenda zu verwirklichen. Unterstützt wurde sie von über 200 prominenten Ökonomen mit freundlicher Förderung durch die arbeitgebernahe Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die eine rasche Umsetzung einer solchen Agenda – siehe oben – forderten.

In jüngster Zeit sehen wir dagegen deutlich weniger nach Reformen rufende Ökonomen in Talkshows. Auch die neoliberale Agenda der CDU aus dem letzten Wahlkampf ist irgendwie abhanden gekommen. Selbst die FDP kann sich kaum noch an den Begriff erinnern. Was ist geschehen?

Der deutsche Neoliberalismus erlebt gerade sein Waterloo, denn es geschieht etwas, was nach Auffassung der Mehrheit der deutschen Ökonomen niemals hätte geschehen dürfen: Die deutsche Wirtschaft wächst und die Arbeitslosigkeit schrumpft, ohne dass die neoliberale Reformagenda umgesetzt worden wäre. Die gleichen Ökonomen, die noch vor wenigen Monaten behaupteten, Deutschland könne nur um rund ein Prozent wachsen, erhöhen nunmehr das von ihnen berechnete Wachstumspotenzial zum Teil drastisch und schreiben den Erfolg jenen Arbeitsmarktreformen zu, die sie vor kurzem noch als unzureichend geißelten.

**Dieses Wachstum ist so entstanden, wie es aus neoliberaler Sicht** niemals hätte entstehen dürfen. Es spricht Bände, dass der Aufschwung nicht – wie nach dieser Theorie notwendig – auf dem reformierten Arbeitsmarkt begann, sondern – wie üblich – auf dem Gütermarkt. Hier waren es vor allem die Bauinvestitionen, die nach Jahren der Krise überraschend eine Trendwende

einlegten. Doch von ihnen ging in Verbindung mit den ohnehin gut laufenden Exporten die Wende zum Besseren aus. Mit anderen Worten: Die verbesserte Binnennachfrage stand an der Wiege des Aufschwungs.

Damit tritt ein Begriff auf, der aus dem Vokabular der meisten deutschen Ökonomen gestrichen war: die Nachfrage. Es ist ein Markenzeichen des deutschen Neoliberalismus, dass er sich unter Verzicht auf Nachfrage definiert und das Heil allein in Angebotspolitik sucht. Dies unterscheidet die meisten deutschen Ökonomen von solchen im Ausland, die neben – durchaus auch sinnvoller – Angebotspolitik der Nachfrage eine maßgebliche Rolle zubilligen. Dort weiß man noch, dass eine kluge Wirtschaftspolitik beide Seiten des Marktes im Auge behalten muss.

So erwarteten in Deutschland viele Ökonomen allen Ernstes, dass allein neoliberale Reformen am Arbeitsmarkt den Aufschwung brächten. Im Ausland weiß man hingegen, dass effizienzsteigernde Reformen auf der Angebotsseite erst mit mehr Nachfrage ihre Wirkung entfalten können. Wenn also die

Bundesagentur für Arbeit Arbeitslose nun reformbedingt effizienter vermittelt, wirkt das nur, weil die Unternehmen auch mehr Arbeit nachfragen.

Entsprechend unterscheiden sich auch die Konzepte gegen ökonomische Krisen. In den USA und Großbritannien betrieb man als Folge des Einbruchs zu Beginn dieses Jahrzehnts aktive Geld- und Finanzpolitik, um die Binnennachfrage zu stabilisieren und damit rasch die Schwäche zu überwinden. Die europäische Geldpolitik begegnete der Situation dagegen zunächst mit Attentismus, die Finanzpolitik im weiteren Verlauf sogar prozyklisch. Im Ergebnis überwandten die USA und Großbritannien die Krise rasch, während Deutschland über Jahre in der Stagnation verharrete.

**„Halt!“, wendet an dieser Stelle der deutsche Mehrheitsökonom ein.** Deutschland habe im Unterschied zu diesen beiden Ländern primär strukturelle und weniger konjunkturelle Probleme. Eine aktive Konjunkturpolitik werde angesichts des unflexiblen deutschen Arbeitsmarktes unweigerlich zu über-

höhten Lohnsteigerungen und anschließender Inflation führen.

Hier kommen wir zu einem weiteren Markenzeichen des neoliberalen deutschen Ökonomen: Er kennt genau den Unterschied zwischen strukturellen und konjunkturellen Problemen; er kann das Wachstumspotenzial, also das maximal erreichbare inflationsfreie Wachstum, jederzeit berechnen. Es irritiert ihn bei diesen Überlegungen nicht, dass die Tarifparteien während der vergangenen zehn Jahre auf dem angeblich so verhärteten deutschen Arbeitsmarkt eine Lohnzurückhaltung praktiziert haben wie in keiner anderen größeren Volkswirtschaft. Es irritiert ihn auch nicht, dass er seine Potenzialgrößen schon oft – wie auch jüngst – deutlich korrigieren musste.

Nein, den neoliberalen deutschen Ökonomen irritiert das alles nicht. Wissenschaftlich mag er sich damit international zunehmend isolieren, in ideologischer Festigkeit ist er Spitze.

.....  
**Gustav A. Horn** ist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung.